

- Informationen, Dokumente und andere Materialien durch entsprechende Maßnahmen Feindeinrichtungen laufend zu übermitteln.
- die Tätigkeit der Feindeinrichtungen durch Abonnements der organisationseigenen Zeitschriften und Periodikas, deren Verbreitung sowie durch Spenden zu unterstützen.

Darüber hinaus organisiert "Amnesty International" unter anderem über Nationalektionen und Adoptivgruppen sogenannte Telegramm- und Briefaktionen mit Forderungen zur Freilassung von namentlich benannten "politischen Gefangenen", zur Gewährung von Hafterleichterungen, der Gestattung von Verbindungsaufnahmen zu diesen sowie zur Teilnahme an Prozessen. Sie wenden sich mit diesen an Repräsentanten, staatliche Organe zentraler und bezirklicher Ebene, Justizorgane sowie an die Leiter von Untersuchungshaftanstalten und Strafvollzugseinrichtungen der DDR. Bei den Leitern einzelner Untersuchungshaftanstalten gehen jährlich 40 bis 60 derartige Aufforderungen der "Amnesty International" zur Freilassung von Verhafteten ein.

Mit dem subversiven Vorgehen des Gegners gegen Maßnahmen des Untersuchungshaftvollzuges strebt er neben der Zersetzung des sozialistischen Bewußtseins breiter Bevölkerungskreise vor allem analoge politisch-ideologisch zersetzende Wirkungen bei den Mitarbeitern der Sicherheits- und Justizorgane, einschließlich der Mitarbeiter der Linie XIV, an. Dabei verbindet er sein subversives Einwirken mit der Androhung strafrechtlicher Verfolgung gegenüber den Mitarbeitern der Sicherheitsorgane wegen der ordnungsgemäßen Durchführung ihrer Dienstpflichten seitens der Zentralen Erfassungsstelle der Länderjustizverwaltungen Salzgitter. Durch die Art ihrer Tätigkeit ist diese Stelle bestrebt und bemüht, "eine dämpfende oder gar abschreckende Wirkung hervorzurufen" und so "auf das Rechtsbewußtsein der Menschen im anderen Teil Deutschlands einzuwirken".¹

¹ Interview von Retemeyer im "Deutschlandfunk" am 22. 6. 1977, Mitschrift der Abteilung Monitor des Staatlichen Komitees für Rundfunk